

Partizipative Projektentwicklung im Sozialraum in kirchlicher Trägerschaft - Evangelische Kirchengemeinde als Governance-Akteur

Gabriela Hund

1 Evangelische Kirche mit Hybrid-Antrieb?

Bevor Kirche aus Governance-Perspektiven betrachtet wird, soll ein kurzer Blick auf ihre Sozialform(en) und ihre Einordnung geworfen werden. Innerhalb der evangelischen Kirche wird seit Jahren die Auseinandersetzung geführt, ob und inwieweit Kirche nun Institution, Organisation, Gemeinschaft, Bewegung wäre. Dabei purzeln die Definitionen der verschiedenen Begriffe durcheinander, da sie nach unterschiedlichsten theologischen, sozialwissenschaftlichen oder pragmatischen Vorlieben gefasst werden.

Aktuell diskutiert wird der Vorschlag von Eberhard Hauschildt, Kirche als „Hybrid“ zu betrachten, d.h., einen „Hybridantrieb“ aus Institution und Organisation zu nutzen.

So schildert Hauschildt das Institution-Werden: „Aus der Bewegung wird Institution: Weitergabe des Evangeliums in den Familien, Fixierung von Tradition, rechter Lehre und Ritualen, Ämtern und Hierarchien.... Der Weg zu den vielen wird zum Weg von der Untergrundbewegung zur flächendeckenden Staatskirche, einsozialisierte selbstverständliche Zugehörigkeit zur Kirche.“ (Hauschildt 2007: 2) Dabei macht Hauschildt darauf aufmerksam, dass es zur evangelischen Identität gehöre, sich „den Selbstverständlichkeiten institutionalisierter Kirche“ (Hauschildt 2007: 2) entgegen zu stellen – *ecclesia semper reformanda*. Die institutionellen Regelungen dürften ruhig da sein, aber sie berührten nicht das Wesen der Kirche und seien kritisierbar und veränderbar. Allerdings sei die Sozialgestalt der Kirche auch nicht willkürlich; sie müsse „Begegnung mit Gott“ (Hauschildt 2007: 3) ermöglichen und sie müsse schnell genug auf Wandel reagieren können.

In der Möglichkeit, sich auf raschen Wandel einstellen zu können, sieht Hauschildt den Vorteil der Sozialform „Organisation“. Diese sei gekennzeichnet durch ein klares Programm, ein eindeutiges Handlungsziel, die entsprechenden materiellen und personellen Ressourcen, die effektiv einzusetzen seien sowie eine klare und schlanke Leitungsstruktur.

Hauschildt verbindet mit den beiden Sozialformen auch zwei verschiedene Bilder von Kirche: das Bild der institutionalisierten Volkskirche für alle und das Bild der Beteiligungskirche als Organisation der Engagierten. Er geht davon aus, dass bereits aktuell beide Formen neben- und ineinander existieren, und plädiert dafür, jedenfalls zum jetzigen Zeitpunkt beide Formen beizubehalten – eben mit „Hybridantrieb“ unterwegs zu sein. Dabei sei die Organisation Kirche entwicklungsbedürftig; insbesondere müssten die Strukturen und Prozesse für Leitung und Partizipation geklärt werden.

Im Unterschied zu Hauschildt gehen Nethöfel¹ und Böckel davon aus, dass eine „wesentlich präkärere[n], teilweise verdeckte[n] erhebliche[n] Übergangsdynamik“ (Böckel 2014: 114) von der Institution zur Organisation vorliege, da sich insgesamt die Kirchenbindung in einer Krise befinde und nur von einer ziel- und marktorientierten Organisation Impulse ausgehen könnten, um diese Entwicklung aufzuhalten oder umzukehren.

Aus meiner Sicht ist der „Hybrid“ die passende Beschreibung für das, was jetzt ist, zumal seit 2007 die „Organisation Kirche“, gerade auch in der Evangelischen Kirche von Hessen und Nassau, wesentlich sichtbarer geworden ist (z.B. klarere Führungsstrukturen; Strukturreformen insgesamt; Instrumente der Mitarbeiterführung). Ob die Entwicklung der Zukunft dahin geht, dass die institutionellen Regelungen zurückgehen und die Organisation die alleinige Sozialgestalt der Kirche wird, wie dies Nethöfel und Böckel aus einer sehr wirtschaftsnahen Position prophezeien und fordern, oder ob die institutionellen Regelungen der Volkskirche noch längere Zeit erhalten bleiben, kann ich nicht einschätzen.

Es könnte aber sein, dass gerade die Präsenz der Kirche in diversen Governance-Arrangements mit vielen anderen Akteuren und auf vielen Ebenen zu einer Stabilisierung der institutionalisierten Kirche beiträgt, auch wenn sie Mitglieder verliert. Auf diese These wird am Ende dieses Artikels zurück zu kommen sein.

Im Folgenden skizziere ich zunächst theoretische Zugänge, evangelische Kirche als Governance-Akteur zu verstehen. Danach stelle ich knapp Ausgangspunkte und Ziele des GenerationenNetzes Reichelsheim als Beispiel für partizipative Projektentwicklung im Sozialraum dar. Ausführlich gehe

¹ „Wo Institution ist, muss Organisation werden!“, Wolfgang Nethöfel, zit. nach: Böckel 2014: 113

ich dann auf das Verständnis des GenerationenNetzes als Handlungsforschungsprojekt ein. Im Schlussresümee reflektiere ich die Rolle der Kirchengemeinde als Governance-Akteur im Sozialraum.

2 Evangelische Kirche und Governance

Governance ist hier der „Oberbegriff für sämtliche vorkommenden Muster der Interdependenzbewältigung zwischen Staaten sowie zwischen staatlichen und gesellschaftlichen Akteuren“ (Benz/Lütz/Schimank/Simonis 2007: 13), und es gibt nicht eine, sondern viele Governance-Perspektiven. Die Kirchen äußern sich nicht zu ihrer Rolle als Governance-Akteur, nur in internationalem Kontext im Zusammenhang mit Good Global Governance (s. 2.5). In nationalem Zusammenhang bzw. in regionalen oder lokalen Ebenen sprechen sie eher von Engagement in der Zivilgesellschaft oder Bürgergesellschaft, Gemeinwesendiakonie (Diakonisches Werk der EKD 2007), Sozialraumorientierung (Diakonisches Werk der EKD 2007: 26). Dennoch soll hier versucht werden, evangelische Kirche aus verschiedenen Governance-Perspektiven anzuschauen.

2.1 Staat und Kirche aus der Sicht einer „sozialwissenschaftlich informierten und aufgeschlossenen Rechtswissenschaft“ (Schuppert 2008: 16)

Gunnar Folke Schuppert bezieht sich in seiner Untersuchung zu Governance und Religion ausschließlich auf die institutionell geregelte Form von Kirche. Das mag charakteristisch für die hier vertretene These zum Zusammenhang von kirchlicher Präsenz in Governance-Arrangements und Stabilität der Institution Kirche sein. Es mag aber auch der Tatsache geschuldet sein, dass Schuppert nun mal eine juristische und institutionalistische² Brille trägt.

2.1.1 Governance

Schuppert übernimmt seine Definition von Governance von Renate Mayntz - also die des akteurzentrierten Institutionalismus - als herrschender Meinung. Governance sei „das Gesamt aller nebeneinander bestehenden Formen der kollektiven Regelung gesellschaftlicher Sachverhalte: von der institutionalisierten zivilgesellschaftlichen Selbstregelung über verschiedene Formen des Zusammenwirkens staatlicher und privater Akteure bis hin zu hoheitlichem Handeln staatlicher Akteure“ (Mayntz 2004: 6). „Fasst man nach diesem Überblick über die Entwicklung der Steuerungstheorie und der Governance-Theorie den Unterschied der beiden Perspektiven noch einmal grob zusammen, dann kann man die Steuerungstheorie als akteurzentriert und die GovernanceTheorie als institutionalistisch bezeichnen. ... Bei ihr [Anm. „der Steuerungstheorie“, G.H.] steht das handelnde Steuerungssubjekt im Vordergrund, bei der Governance-Theorie dagegen die Regelungsstruktur“ (Mayntz 2004: 7). Dieser Definition entsprechend analysiert Schuppert, welche Regelungsstrukturen das Verhältnis von Staat und Kirche kennzeichnen.

Ein zweiter zentraler Begriff ist für Schuppert der Begriff des „Governancekollektivs“ (Schuppert 2012, 17ff.). Governanceregulungen beziehen sich aus seiner Sicht immer auf Kollektivinteressen. Er unterscheidet dabei drei Typen von Governancekollektiven: Territorial bestimmte Kollektive, ethnisch bestimmte Kollektive sowie religiös bestimmte Kollektive. Dabei ist für ihn Staat ein eindeutig territorial bestimmtes Kollektiv, Kirche hingegen ein religiös bestimmtes.

Zwei Faktoren übersieht Schuppert aus meiner Sicht, die ergänzend zugefügt werden müssen:

1. Die beiden Volkskirchen sind in Deutschland nicht nur religiös bestimmt, sondern aufgrund der Parochialstruktur auch eindeutig territorial – Kirchenmitglieder gehören regelhaft aufgrund ihres Wohnortes zu einer bestimmten Kirchengemeinde (Parochie), Bürgermeister und Pfarrer begegnen sich ebenso wie Landräte und Dekane, Ministerpräsidenten und Kirchen-

² Ich bin mir dessen bewusst, dass die Begriffe der Institution und Organisation bei Schuppert, folgend der Definition von Mayntz/Scharpf anders verwendet werden als bei Böckel (der ein sehr komplexes Verständnis von Institutionen und Organisationen im „weiteren“ und im „engeren“ Sinne hat) oder bei Hauschildt. Mayntz hätte Kirche wahrscheinlich schon immer als Organisation aufgefasst und würde eher Unterschiede im Grad der Institutionalisierung konstatieren. Und sie würde Institution nicht als Sozialform ansehen. Gemeinsam scheint mir aber in allen Perspektiven das Verständnis von Institution (auch) als das institutionelle Regelungssystem zu sein, das den Handlungsspielraum verkleinert, gleichzeitig aber Abläufe sichert.

präsidenten/Bischöfe auf Augenhöhe und ähnlichen territorialen Zuschnitten ihrer Verantwortungsbereiche.

2. Die evangelischen Kirchen in Deutschland treten zwar als Evangelische Kirche in Deutschland gemeinsam in der Öffentlichkeit auf, sind aber rechtlich auf Landeskirchenebene völlig selbständig und auch jeweils unterschiedlich strukturiert. Den Landeskirchen gemein ist aber wiederum, dass die Gemeinden als solche (teil-)autonome Subsysteme (Böckel 2014, 570) sind und die Kirchen deshalb über komplexe innerkirchliche Governance-Arrangements³ verfügen müssen, um entscheidungsfähig zu sein.

2.1.2 Funktionen von Religion

Schuppert definiert Religion funktionalistisch und damit sehr einfach. Sie hätten die Funktion, Sinn zu stiften, damit Menschen Krisen verarbeiten könnten. Darüber hinaus nennt er das Böckenförder-Theorem, das Religion staatstragende Funktionen zuweist insofern, dass der „freiheitliche, säkularisierte Staat .. von Voraussetzungen“ lebt, „die er selbst nicht garantieren kann.“ „So wäre denn ... zu fragen, ob nicht auch der säkularisierte weltliche Staat letztlich aus jenen inneren Antrieben und Bindungskraften leben muß, die der religiöse Glaube seiner Bürger vermittelt.“⁴

2.1.3 Klärung des Verhältnisses von politischen und religiösen Regimen

Als religiöse Regime bezeichnet Schuppert „institutionelle Arrangements mit aufgabenbezogenen prozeduralen und organisatorischen Prinzipien sowie Normen und Regeln, die von ihren Mitgliedern als gültig betrachtet werden.“ (Schuppert 2012: 28f.) Das können also Körperschaften des öffentlichen Rechts ebenso sein wie netzwerkartige Strukturen u.a.m. Es bedarf einer Regelung des Verhältnisses zwischen religiösen und politischen Systemen.

Das Verhältnis der großen Kirchen in Deutschland zum Staat ist im Staatskirchenrecht geregelt. Hier liegen also die grundlegenden Regelungsstrukturen für das Zusammenwirken von Staat und Kirchen. Schuppert formuliert: „Das Staatskirchenrecht zielt auf die Koordination der Handlungen unterschiedlicher Akteure – staatliche und nicht-staatliche -, die durch unterschiedliche Handlungslogiken und in der Regel durch ein beträchtliches Ausmaß von Autonomie gekennzeichnet sind. Staatskirchenrechtliche Regelungsstrukturen sind daher überwiegend Koordinationsstrukturen. Ihr Steuerungsmodus ist nicht die einer punktuellen, direkten Steuerung, sondern Steuerung durch die Eröffnung von Handlungskorridoren, also ‚Struktursteuerung‘“ (Schuppert 2012: 55).

2.1.4 Governance „normativer Pluralität“

Staat und Religionsgemeinschaften sind, so Schuppert, nicht nur unterschiedlichen Governancekollektive, sondern auch unterschiedliche Rechtsgemeinschaften. Dabei steht auf der Seite des Staates das staatliche, weltliche Recht, zu dem auch das Staatskirchenrecht gehört. Auf der Seite der Religionsgemeinschaften stehe das nicht-staatliche, religiös begründete Recht, das in zwei Teilbereiche zerfalle, nämlich „in göttliches Recht (ius divinum) mit dem gesetzgebenden Gott als Normautor und das Kirchenrecht, das von den Kirchen als rechtsetzungsbegabten autonomen Organisationen erlassen wird“ (Schuppert 2012: 111). Latent konflikthaft sei dabei nicht das Verhältnis zwischen staatlichem Recht und Kirchenrecht, sondern zwischen staatlichem und göttlichem Recht, da dieses als unbedingt gesetzt werde. Für dieses Konfliktfeld schlägt Schuppert verschiedene Regelungsstrategien vor, die aber eher das Verhältnis Staat-Islam betreffen, weil hier von einem ius divinum ausgegangen wird.

Auch Wolfgang Huber denkt über Kirche in einer pluralistischen Gesellschaft nach. Er konstatiert, dass eine pluralistische Gesellschaft nur lebensfähig ist, wenn sie immer neu einen Konsens zu den tragenden Prinzipien findet. Diese tragenden Prinzipien begrenzen dann auch die Pluralität. „Die Verständigung über jene Prinzipien und die Festlegung dieser Grenzen verweisen ihrerseits auf die Frage nach letzten Begründungen (wie sie im Doppelgebot der Liebe enthalten sind) und nach letzten Grenzen (wie sie in der Weisheit der Zehn Gebote oder der Goldenen Regel zur Sprache kommen).“ (Huber 1999: 282) Deshalb habe der gesellschaftliche Diskurs in einer pluralistischen Gesellschaft notwendig auch eine religiöse Dimension.

³ „Governance Arrangements seien „spezielle Koordinationsformen für die Systembildung in polyzentrischen Kontexten“ mit dem Vorhandensein mehrerer Machtzentren, so Böckel, 2014: 570, folgend: Baumfeld 2014: 197f.

⁴ Böckenförde, Ernst Wolfgang: Die Entstehung des Staates als Vorgang der Säkularisation, in: ders.: Der säkularisierte Staat, München, (1967) Nachdruck 2007, hier zitiert nach Schuppert 2012: 26

2.2 *Evangelische Kirche und Zivilgesellschaft/Bürgergesellschaft*

Das Nachdenken über den Beitrag der Kirche zum gesellschaftlichen Grundkonsens führt weiter zum Beitrag der Kirche für die Zivilgesellschaft insgesamt. Kirche versteht sich als „intermediäre Institution“, allerdings in eigenwilliger Ausdeutung. „Sie vermittelt zwischen den einzelnen und ihren gesellschaftlichen Lebenszusammenhängen; sie vermittelt aber vor allem zwischen den einzelnen und der geglaubten Wirklichkeit Gottes.“ (Huber 1999: 269)

Zur Präsenz von Kirche in der Zivilgesellschaft gehört für Huber auch die räumliche Präsenz: „In zweifacher Weise ist die Kirche als Ort der Begegnung präsent: als sozialer Raum und als materieller Raum. Wer >zur Kirche< geht, meint beides zugleich“ (Huber 1999: 283)⁵.

In drei Bereichen manifestiere sich kirchliches Handeln in der Zivilgesellschaft:

- in der Bildungsverantwortung in Gemeinden, Bildungseinrichtungen und im Religionsunterricht
- in der politischen Verantwortung
- in der Verantwortung der Kirche für eine „Kultur des Helfens“ (Huber 1999: 320): Hier sei insbesondere die Verbindung von Kirchengemeinde und Diakonie wieder neu in den Blick zu nehmen. „Denn nur dann verfügt die Diakonie über eine Legitimation, die sich nicht nur aus dem staatlichen Subsidiaritätsprinzip, sondern aus dem eigenständigen Auftrag der Kirche ergibt.“ (Huber 1999: 321) Eine besondere Notwendigkeit sieht Huber in der materiellen Fürsorge und Seelsorge für verarmte Menschen. Ehrenamt werde eine verstärkte Rolle spielen.

Detlef Pollack hat sich Gedanken zum Verhältnis von Kirche und Zivilgesellschaft gemacht. Hier zunächst seine Definition von Zivilgesellschaft:

„Unter civil society soll hier die Gesamtheit der öffentlichen Assoziationen, Vereinigungen, Bewegungen und Verbände, in denen sich Bürger auf freiwilliger Basis versammeln, verstanden werden. Diese Assoziationen befinden sich im Raum der Öffentlichkeit und stehen prinzipiell jedem offen.“ (Pollack 2002: 26)

Für ihn ist vorstellbar, dass Kirchen Akteure der Zivilgesellschaft sind, allerdings mit folgender Einschränkung:

„Wichtig dabei ist allerdings, dass die Kirchen nicht den Anspruch erheben, mit den in ihren Warnungen und Forderungen sich ausdrückenden Wertvorstellungen ein Fundament für das gesellschaftliche Zusammenleben bereitzustellen. Unter den Bedingungen des modernen Pluralismus ist es ihnen verwehrt, die Grenzen des gesellschaftlichen Pluralismus aufzuzeigen (so zum Beispiel Huber 1998: 282) und etwa die Grundlagen der Toleranz zu legen und damit der Gesellschaft ihr letztgültiges Fundament zu vermitteln.“ (Pollack 2002: 37)

Er widerspricht also Huber mit dessen Ansinnen, als Kirche noch ein gesellschaftliches Fundament zu liefern und öffnet den Raum für einen gesellschaftlichen Pluralismus ohne Grenzen.

2.3 *Evangelische Kirche und Good Global Governance*

In ihrer Studie über Global Governance (Kirchenamt 2014) benennt die Evangelische Kirche ihre Grundlagen und Prinzipien von Good Governance:

- „Wirtschaft im Dienst des Lebens“ (Kirchenamt 2014: 54): Märkte müssen der Erfüllung grundlegender Bedürfnisse eines menschenwürdigen Lebens dienen; Global Governance hat hierfür die Rahmenbedingungen und Instrumente zu schaffen
- „Regierungsführung im Dienst der Gerechtigkeit“ (Kirchenamt 2014: 55)
- „Menschenwürde und Menschenrechte“ (Kirchenamt 2014: 56): motiviert aus der Gottesebenbildlichkeit des Menschen; erfordert eine gerechte Gestaltung der Weltwirtschaft und „transparente und partizipatorische Ordnungspolitik“ (Kirchenamt 2014: 57f.)
- „Vorrangige Option für die Armen“ (Kirchenamt 2014: 58): es geht darum, alle, auch die Armen, am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen und sowohl Einkommens- als auch Ressourcengerechtigkeit herzustellen
- „Prinzipien internationaler Politikgestaltung“ (Kirchenamt 2014: 60) mit dem Wunsch benannt, dass diese allgemein anerkannt werden (also wieder der Wunsch nach dem Grundkonsens, zu dem Kirchen beitragen):
 - Solidarität mit der gesamten Völkergemeinschaft
 - „Do-not-harm-Prinzip“ (Kirchenamt 2014: 61): weder Mensch noch Umwelt Schaden zufügen
 - „Prinzip der gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortlichkeit“ (Kirchenamt 2014: 61): höhere Verantwortung für die entwickelten Staaten nach der Deklaration von Rio 1992
 - „Vorsorgeprinzip“ (Kirchenamt 2014: 61): absehbaren Schaden an der Umwelt verhüten, auch wenn es viel Geld kostet
 - „Subsidiaritätsprinzip“ (Kirchenamt 2014: 61): politische Entscheidungen auf der unterstmöglichen Ebene, um so viel Partizipation wie möglich zu erlauben
 - „Prinzip der freien vorherigen Zustimmung nach Inkenntnissetzung“ (Kirchenamt 2014: 62): „Gemeinschaften“ sind vor globalen Maßnahmen, seien sie durch Unternehmen oder Regierungen beabsichtigt,

⁵ Ein relationaler Raumbegriff drei Jahre vor Martina Löws Raumsoziologie?

zu informieren, die ihren Lebensraum und ihr (auch nach Gewohnheitsrecht genutztes) Territorium betreffen; sie haben das Recht, die Maßnahmen zu genehmigen oder zu verweigern

3 Das GenerationenNetz Reichelsheim

3.1 Ausgangspunkte

Das GenerationenNetz Reichelsheim wurde und wird auf Initiative und in Trägerschaft der Evangelischen Michaelsgemeinde Reichelsheim/Odenwald entwickelt. Die Ausgangspunkte für dieses Projekt sollen hier beschrieben werden.

Im Frühjahr 2012 fand in der Michaelsgemeinde in Kooperation mit dem Dekanat Vorderer Odenwald eine Veranstaltung zum Thema ZUKUNFT ODENWALD statt. An drei Abenden ging es um (1) „Zukunft Odenwald – wie werden wir leben?“, (2) „Zukunft Odenwald – wie lebt sich’s als Familie?“, (3) „Zukunft Odenwald – wie lebt sich’s im Alter?“. Die Veranstaltung war sehr gut besucht (ca. 280 Personen an den drei Abenden). Aufgrund der Informationen zum demographischen Wandel in der Region und den sehr engagierten Diskussionsbeiträgen war es dem Kirchenvorstand wichtig, an diesem Thema weiterzuarbeiten.

Die Michaelsgemeinde sieht für sich eine selbstverständliche gesellschaftliche Verantwortung. In den Leitlinien (www.reichelsheim-evangelisch.ekhn.org) der Gemeinde heißt es:

„Die Gottesdienste und anderen Gemeindeveranstaltungen wollen etwas ausstrahlen von ... gesellschaftlicher Relevanz: was Menschen in der Michaelsgemeinde tun, prägt das Gemeinwesen, in das sie eingebunden ist.“ Und „sie bietet Rahmenbedingungen für Begegnungen und Dialog in gegenseitiger Achtung und Wertschätzung“.

Interessant auch die Bezeichnung als „Ort“ (hier könnte auch Raum, Beziehungsraum, Sozialraum stehen): „Die Michaelsgemeinde ist ein Ort der Begegnung“, „Die Michaelsgemeinde ist ein Ort des Glaubens“, „Die Michaelsgemeinde ist ein Ort des Lernens“, „Die Michaelsgemeinde ist ein Ort des Bestärkens“ – so heißen die zentralen Gliederungspunkte der Leitlinien.

Während der Kirchenvorstand überlegte, wie die Gemeinde das Thema „Demografischer Wandel“ weiterverfolgen wollte, kam eine Ausschreibung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau zur Ansubfinanzierung für Familienzentren. Interessant für die Gemeinde war insbesondere, dass in der Ausschreibung von einem erweiterten Familienbegriff die Rede war, der alle Generationen und Familienkonstellationen umfasste:

„In diesem Sinne sind Familienzentren Orte, in denen das Zusammenspiel der Generationen untereinander gefördert wird. Hier können Menschen jeglichen Alters voneinander und miteinander lernen, sie können füreinander sorgen und miteinander die Umwelt gestalten.“ (EKHN 2013: 2)

„Der im vorliegenden Kontext verwendete Familienbegriff impliziert eine erweiterte Vorstellung von Lebensgemeinschaften, die sowohl unterschiedliche Lebensalter als auch verschiedene Formen des Zusammenlebens einschließt.“ (EKHN 2013: 2)

Konzeptionelle Vorgaben im Ausschreibungstext waren weiterhin:

- Vernetzung und Kooperation: intern zwischen Kirche und Diakonie sowie extern „im Sozialraum und im kommunalen Kontext“ (EKHN 2013: 4)
- Arbeit „im Sozialraum“: „Ausgangspunkt sind Sozialräume als Lebensorte von Menschen und die sie begleitenden Institutionen vor Ort.“ (EKHN 2013: 2)
- Beteiligung (in der Ausschreibung nicht näher differenziert)
- „Einbindung von ehrenamtlichem Engagement“ (EKHN 2013: 4)
- „Lebensphasen- und lebenslagenorientierte sowie generationenübergreifende Angebote im Bereich Bildung, Beratung, Betreuung und Begegnung“ (EKHN 2013: 4)

Der Kirchenvorstand der Michaelsgemeinde entschloss sich zur Bewerbung auf diese Ausschreibung, ging hierzu eine Kooperation mit dem Diakonischen Werk Odenwald und einer lokalen Stiftung ein und erhielt die Ansubfinanzierung über drei Jahre ab dem 01.04.2014.

3.2 Ziele

Die Ziele des Projektes „GenerationenNetz“ betreffen die Bereiche Lokale Governance, Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger sowie Organisationsentwicklung in den beteiligten Organisationen und darüber hinaus⁶.

3.2.1 Ziele in einer Governance-Perspektive:

- Lokale und regionale sozialräumliche und politische Rahmenbedingungen analysieren;
- Unterstützen der Netzbildung zwischen den Kooperationspartnern (und deren jeweiligen Mitarbeitenden), Bürgerinnen und Bürgern und institutionellen Akteuren vor Ort inkl. der öffentlichen Daseinsvorsorge

3.2.2 Ziele in einer Bedürfnis-Perspektive:

- Interessensorientierungen und Bedürfnisse der Menschen in der Kommune entwickeln helfen und verstehen;
- Matching der unterschiedlichen Interessenlagen und Bedürfnisse; Handlungsoptionen entwickeln und bedürfnisorientiert ins Handeln kommen
- Entwicklung im fortlaufenden Zyklus von Datenerhebung, Diskurs, Handlungsorientierung und Handeln

3.2.3 Ziele der Organisationsentwicklung:

- Stärkung bürgerschaftlichen Engagements durch Zur-Verfügung-Stellen entsprechender Rahmenbedingungen und partizipative Entwicklung von Organisationsmodellen
- Stärkung der Sozialraumorientierung in den beteiligten Kooperationspartnerorganisationen
- Verankerung einer partizipativen Netzkultur lokal und regional

4 Das GenerationenNetz als Handlungsforschungsprojekt

Die Entwicklung des GenerationenNetzes Reichelsheim geschah und geschieht in einer zyklischen Verknüpfung von Handlungsforschung und Umsetzung. Zunächst wurden die Strukturen bürgerschaftlicher Selbstorganisation in einer ländlichen Kommune (Reichelsheim/Odw.) erfasst. In Kooperation von evangelischer Kirchengemeinde, Regionalem Diakonischem Werk und einer lokalen Stiftung werden dann partizipativ, orientiert an den Bedürfnissen der Menschen vor Ort und gemeinsam mit ihnen, tragfähige Leistungsangebote (weiter)entwickelt und mit der Angebotsstruktur der öffentlichen Daseinsvorsorge sowie der Kooperationspartner lokal und regional verknüpft.

4.1 Vernetzung als Governance-Form

Vernetzung lautet ein zentraler Auftrag des GenerationenNetzes. Das Land Hessen⁷ formuliert in seinen Fach- und Fördergrundsätzen für Familienzentren (Hessisches Sozialministerium 2011):

„Familienzentren sind Knotenpunkte in einem Netzwerk von Kooperation und Information, das zugleich das kommunale Präventionsnetz und so das soziale Unterstützungsnetz vor Ort wirkungsvoller gestaltet.“

Das GenerationenNetz Reichelsheim trägt in seinem Namen noch einen höheren Anspruch, nämlich den, selber das Netz(werk) zu sein.

Was ist gemeint mit Vernetzung? Was ist gemeint damit, Knotenpunkt in einem Netzwerk zu sein? Und wie kommt man dahin? Hier greifen viele Ebenen ineinander:

- Die Erfassung dessen, was bereits da ist (Netzwerkanalyse)
- Sich selbst an die vorhandenen Netzwerkbeziehungen andocken (aus Sicht der Projektkoordinatorin) bzw. das vorhandene Netzwerk für das GenerationenNetz erschließen (z.B. aus Sicht der Projektleiterin und Pfarrerin)
- Vernetzung und Anbahnung aktiver Kooperation zwischen den Kooperationspartnern Michaelsgemeinde, Diakonisches Werk und Mary Anne Kübel Stiftung inklusive derer kollektiven und individuellen „Subakteure“
- Vernetzung von Reichelsheimer Bürgerinnen und Bürgern, besonders der weniger Vernetzten mit den bereits gut Vernetzten

⁶ Diese Gliederung nach Zielperspektiven ist übernommen von Alisch, M. et al. (2016).

⁷ Das Land Hessen ist ebenfalls Geldgeber des GenerationenNetzes.

- Vernetzung Reichelsheimer Vereine und Institutionen untereinander und mit Bürgerinnen und Bürgern
- Vernetzung in gemeinsamen Aktivitäten, Hilfeleistung untereinander und Kommunikationsplattformen befördern

Es geht also um eine Vernetzung des gesamten Gemeinwesens bzw. all derer, die sich aktivieren lassen, inkl. der professionellen Systeme, die im Sozialraum tätig sind.

Relativ leicht fällt es, die Vernetzung derer anzuregen, die eine hohe Netzwerkkompetenz besitzen, sie aber noch nicht im Bereich des GenerationenNetzes angewandt haben. Hierzu gehören die Berater_innen, die Sprechstunden in Reichelsheim anbieten und ihre professionellen Netzwerke ansonsten eher in der Kreisstadt pflegen. Hierzu gehören auch die freiwillig Engagierten im Repair Café und anderen Aktivitäten des GenerationenNetzes, die bereits in zahlreichen Vereinen aktiv sind und nun diese neue Idee des Miteinanders entwickelt bzw. sich daran angedockt haben.

Schwieriger ist es, Menschen, die bislang eher zurückgezogen gelebt haben, seien es Neubürger_innen oder Einheimische, an die vorhandenen oder neu entstehenden Netzwerke anzudocken. Ihnen fehlt häufig die Kompetenz oder die Selbstsicherheit, um mit Kontaktmöglichkeiten etwas anfangen zu können. Ein wohlmeinendes „Mit-Hineinnehmen“ hilft manchmal, aber längst nicht immer – die Kontakte bleiben oft brüchig.

Widersprüchliches wird sichtbar bei den Nachbarschaftlichen Hilfen: Nachdem in der Vorgeschichte ein Nachbarschaftshilfeverein mit Punktesystem, also auf Gegenseitigkeit, aus unbekanntem Gründen gescheitert war, entwickeln sich im GenerationenNetz zögerlich Nachbarschaftliche Hilfen, die Helfer_innen und Hilfsbedürftige zusammenbringen. Geholfen wird ohne Gegenleistung – so die Maßgabe (in diesem Fall nicht partizipativ entwickelt, sondern aus einer Ethik des uneigennützig Helfen-Wollens [vgl. die „Kultur des Helfens“ Huber 1999: 320] motiviert wie auch aus den Generationenhilfen der umliegenden Orte übernommen). Hier ist immer wieder einmal ein Unwohlsein zu spüren („Ich kann das nicht einfach so annehmen“ „ich kann nichts dafür geben, das ist mir nicht recht“ auf der Hilfsbedürftigen-Seite – „warum hat die sich nicht mal eher ein Netzwerk geschaffen; die wohnt doch schon lange hier?“ „ich mach’s ja gerne, aber hat der’s wirklich nötig?“ auf der Seite der Helfenden). D.h., es steht teilweise eine ökonomische Logik im Hintergrund – eine Wertesetzung gegenseitiger Hilfe ohne Gegenleistung, nur, weil Bedarf besteht, ist nicht wirklich erfolgreich; aber auch die ökonomische Form der Nachbarschaftshilfe mit Punktesystem war nicht tragfähig. Hilfe ohne Nachrechnen ist für ganz extreme Notfälle reserviert. „Die Odenwälder helfen gern, wenn’s lichterloh brennt, aber vorher muss schon Jeder allein zurechtkommen“, hat ein Einheimischer diese Mentalität beschrieben.

Beiden Situationen ist gemein, dass die Starken und die Schwachen aufeinandertreffen und es hier schwierig wird mit einer Vernetzung auf Augenhöhe. Es ergibt sich hier also unbeabsichtigter Weise eine Tendenz zur gleichen Aufteilung, die wir in der Gesellschaft auch sonst vorfinden: in die „Vernetzter“⁸ (und damit selbst Vernetzten) und in die „Ausgegliederten“⁹ (die nicht wagen oder vermögen sich einzugliedern und vielleicht auch allzu oft erfahren haben, dass sie nicht eingelassen werden). Dahinter steht der ökonomische Gedanke der Vernetzung „Ich gebe und vertraue darauf, dass mir gegeben wird.“

„In Gemeinschaften oder Netzwerken, die von verallgemeinerten Reziprozitätsnormen getragen werden, können die Individuen darauf vertrauen, dass zunächst erbrachte Vorleistungen zu einem späteren Zeitpunkt abgegolten werden. Diese Gemeinschaften oder Netzwerke erleichtern folglich eine Form der Kooperation, die für alle daran Beteiligten vorteilhaft oder, wie auch Putnam häufig sagt, ‚profitabel‘ ist.“ (Hartmann 2009: 47)

Zwar ist die ökonomische Bindung der Governance-Form Netzwerk nicht so hoch wie die ökonomische Bindung der Governance-Form Markt. Im Markt gibt es keine Leistung, ohne dass der entsprechende Preis entrichtet wird. Das Netzwerk gründet auf Vertrauen und Beziehung, erwartet aber dennoch eine ökonomische Rentabilität – und hier können die Schwächeren nicht mitspielen.

Ich nutze hier die analytische Governance-Perspektive, deren Gegenstand „Muster der Interdependenzbewältigung zwischen Akteuren“ ist (Schimank 2007: 29). Das GenerationenNetz fasse ich als Governance-Form Netzwerk auf (vgl. Wald/Jansen, 2007).

Die Frage ist nun: Wie kann das GenerationenNetz so gestaltet werden, dass auch die Schwächeren profitieren? Hier nur ein Brainstorming der Möglichkeiten:

- Erfindung und Anregung von nichtmonetären Möglichkeiten, sich „zu revanchieren“, die die Stärken der (vermeintlich) Schwachen hervorlocken
- Ermutigung zum Vernetzen für die Netzwerk-Unerfahrenen; immer, immer, immer wieder niedrigschwellige Möglichkeiten der Begegnung schaffen
- Deutlich machen, dass es auch sein darf, Hilfe anzunehmen, ohne etwas zurück geben zu müssen - das geht dann über die Form des Netzwerks hinaus.

⁸ Begriff von Manuel Castells, hier zit. nach Frère, 2009: 29

⁹ Begriff von Manuel Castells, hier zit. nach Frère, 2009: 30

All dies ist möglich und geschieht auch und doch bleibt ein Gefühl des Unbehagens und ein Graben zwischen Vernetzern und Hilfsbedürftigen. Gibt es noch andere Möglichkeiten, dieses Dilemma in den Blick zu nehmen?

4.2 Sozialkapital

Eng konnotiert mit dem Begriff des Netzwerks ist der Begriff des Sozialkapitals.

„Die Wirkung von Netzwerken auf kollektives Handeln beruht maßgeblich auf mehr oder weniger bewussten Effekten sozialer Einbettung, welche unter dem Begriff Sozialkapital oder Beziehungskapital zusammengefasst werden. Darunter versteht man spezifische Formen von Beziehungen und Sozialstrukturen, die individuellen oder korporativen Akteuren Handlungsmöglichkeiten eröffnen, ihnen Gewinne ermöglichen oder die Koordination ihrer Handlungsabsichten zu kollektiver Aktion erleichtern“ (Mit Referenz zu Coleman bei: Jansen/Wald 2007: 189).

Für Putnam „liegen die drei Kernbestandteile sozialen Kapitals in Netzwerken, Vertrauen und Normen“ (Horstmann 2014: 18). Dabei kann Sozialkapital sowohl als individuelle als auch als kollektive Ressource verstanden werden. Sozialkapital sei

"einerseits ... das, was ein individueller Akteur an seinen entfernten Bekannten oder seinen engeren Freunden hat, andererseits aber auch das, was das gesamte Netzwerk in seiner Struktur für alle darin eingeschlossenen Akteure leistet, beispielsweise die rasche Zirkulation von Informationen, wodurch die Einhaltung von Normen, etwa der Unterstützung eines Freundes in Not, in einem Kollektiv deutlich erleichtert wird" (Esser 2000: 240)

Hartmut Esser unterscheidet hier zwischen „Beziehungskapital“ und „Systemkapital“ (Esser 2000: 241). Bourdieu hat eher das individuelle Beziehungskapital im Blick und weist deshalb darauf hin, dass Sozialkapital auch Desintegration fördern und soziale Ungleichheit reproduzieren kann (vgl. Bourdieu 1983). Putnam hingegen rückt eher die Sichtweise des Systemkapitals in den Vordergrund.

Folgende Graphik verdeutlicht die unterschiedlichen Begriffe von Sozialkapital (entnommen aus Horstmann 2014: 19):

| | | Beziehungskapital als individuelle Ressource | Systemkapital als kollektive Ressource |
|------------------------|--------------|--|--|
| Strukturelle Dimension | Netzwerke | Beziehungen | Verteilung von Netzwerkstrukturen |
| Kulturelle Dimension | Vertrauen | soziales Vertrauen | generalisiertes soziales Vertrauen |
| | Werte/Normen | gemeinschaftsbezogene Werte und Normen | kollektive Geltung gemeinschaftsbezogener Werte und Normen |

Gabriel/Kunz/Roßteutscher/van Deth 2002: 29

Bezogen auf das GenerationenNetz: Das Projekt „GenerationenNetz“ erhöht in signifikantem Maße das Systemkapital als kollektive Ressource für den Träger, die Kirchengemeinde, sowie die Kooperationspartner, Diakonisches Werk und Mary Anne Kübel Stiftung. Alle drei Player sind bereits hervorragend vernetzt und verknüpfen ihre Netzwerke nun noch intensiver miteinander. In der gemeinsamen Steuerung, v.a. im Projektbeirat, werden Werte und Normen thematisiert und weiter entwickelt, so z.B. im Prozess zur Entwicklung der Vision/Mission. Ebenso vergrößert sich das Systemkapital innerhalb des Sozialraums¹⁰ Reichelsheim – Vereinsverantwortliche lernen sich bei Vernetzungstreffen des GenerationenNetzes besser kennen, Berater und Beraterinnen lernen Verantwortliche in Vereinen oder Kommunalpolitik kennen – und jeweils bringen diese Player ihr Netzwerk mit, d.h., das Systemkapital wächst in erheblichem Maße. Daraus erwachsen gemeinsame Aktionen der Beteiligten (z.B. Landfrauen kochen gemeinsam mit Menschen mit geistiger Behinderung), gegenseitige Empfehlungen und damit letztendlich auch ein Benefit für die einzelnen Mitglieder, Klientinnen und Klienten etc.

Zum anderen bringt das GenerationenNetz viele Individuen zusammen. Dort, wo gemeinsam Projekte entwickelt werden, entsteht bzw. vertieft sich auch Vernetzung; es kommen mehr Menschen hinzu. Intensive Vernetzung entsteht v.a. bei denen, die gemeinsam Verantwortung übernehmen – und das sind meist die „Starken“, die „Vernetzer“. ¹¹

¹⁰ Hier in noch undifferenzierter Bedeutung als der öffentliche Beziehungsraum innerhalb der Kommune Reichelsheim

¹¹ Als Projektkoordinatorin bin ich hier in einem Dilemma: Es herrscht der Erwartungsdruck, möglichst viele Einzelprojekte mit möglichst großen Zahlen in kurzer Zeit zum Laufen zu bringen und sich selber rasch wieder entbehrlich zu machen (Projektdauer 3 Jahre bei 15 Wochenstunden Arbeitszeit) – das funktioniert nur mit geübten Ehrenamtlichen. Gleichzeitig

Was Horstmann für Kirchengemeinden insgesamt feststellt, braucht im GenerationenNetz noch mehr Aufmerksamkeit: „Beteiligung und Engagement in Kirchengemeinden bieten vor allem die Möglichkeit, Partizipation zu ‚üben‘... Man erfährt Befähigung, indem man sich stärker beteiligt – und man ist in der Lage sich stärker zu beteiligen, weil man über die entsprechenden Fähigkeiten verfügt...Kirchengemeinden ermöglichen, meist en passant, das Üben von Partizipation und können so durchaus als Brutkasten für die Ausbildung zivilgesellschaftlicher Fähigkeiten gelten.“ (Horstmann 2014, 52)

Einen anderen Blick auf die gleiche Thematik wirft Gerhard Wegner unter dem Blickwinkel der Inklusion. Er unterscheidet zwischen einer schwachen und einer starken Variante von Inklusion. Die schwache Variante meint „ein diakonisches Handeln, das im Sinne der *Kirche für andere*¹² durch proaktives Handeln soziale Inklusion von Menschen fördern will“ (Park 2014: 94). Dazu würden z.B. die nachbarschaftlichen Hilfen des GenerationenNetzes zählen. Die starke Form von Inklusion folgt dem Leitbild der „Kirche *mit* anderen“ (Sundermeier 1995: 54) - es geht um gemeinsames Leben für alle mit allen Rechten und Pflichten, mit voller Teilhabe und Partizipation, um „Konvivenz“ (Sundermeier 1995: 40)¹³ als „Hilfs-, Lern- und Festgemeinschaft“ (Sundermeier 1995: 40f.). Dazu gehört im GenerationenNetz ebenso das Repair Café wie das „Picknick in Bunt“. Vielleicht gehört dazu auch, dass Menschen, die selbst schon hoch belastet sind, dennoch Nachbarschaftliche Hilfen anbieten. Und vielleicht braucht es in Zukunft noch mehr eine Lerngemeinschaft, um gemeinsame Werte und Normen entwickeln zu können.

Nun aber zur Frage, was Partizipation genau ist und wie sie geschehen kann:

4.3 *Beteiligung / Partizipation als Kriterium der Good Local Governance*

Noch einmal Sundermeier:

„Die Konvivenzerfahrung aber lehrt, daß Helfen ein wechselseitiges Geschehen ist, bei dem immer beide Seiten geben und beide Seiten empfangen, heißt mutuelle Partizipation.“ (Sundermeier 1995: 41)

Hier geht es um „mutuelle Partizipation“, um gegenseitige Partizipation. Partizipation wird hier nicht gesehen als etwas, das einseitig als Recht eingeräumt wird, sondern sie beruht auf Gegenseitigkeit. Menschen geben sich gegenseitig Teil an ihrem Leben; das ist Begegnung auf Augenhöhe. Theologisch begründet sich diese „starke Inklusion“, diese gegenseitige Partizipation aus der Gottesebenbildlichkeit des Menschen - wo ich in jedem Menschen Gott erkennen kann, da gehört Jeder und Jede dazu. Zur Gottesebenbildlichkeit des Menschen gehört auch, dass er wie Gott schöpferisch ist, sein darf und sein soll (Vgl. die Via Creativa bei Fox 1991). Als Systemkapital sind diese Werte der menschlichen Würde und der menschlichen Kreativität-Schöpferkraft in christlicher Theologie und Kirche grundsätzlich vorhanden. Sie im Alltag zu leben bzw. zu gestalten und damit in individuelles Beziehungskapital zu verwandeln ist eine immer wieder neu zu lösende Aufgabe.

Die Demokratiedenkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland stellt den direkten Zusammenhang zwischen Gottesebenbildlichkeit des Menschen, politischer Mitverantwortung und demokratischer Staatsform her:

„Grundelemente des freiheitlichen demokratischen Staates sind Achtung der Würde des Menschen, Anerkennung der Freiheit und der Gleichheit. Daraus folgt das Gebot politischer und sozialer Gerechtigkeit. Der Gedanke der Menschenwürde ist inhaltlich eine Konsequenz der biblischen Lehre von der Gottesebenbildlichkeit des Menschen als Geschöpf Gottes“ (Kirchenamt 1985: 13).

In der Würde des Menschen „gründet die Berufung des Menschen zu freier Mitverantwortung in der Gestaltung des Gemeinwesens“ (Kirchenamt 1985: 14).

Zwanzig Jahre später, also 2005, mahnt Wolfgang Huber, Ratsvorsitzender der EKD, zum Jahrestag der Demokratiedenkschrift die politische Beteiligung, die ich mit Partizipation synonym setzen würde, der Bevölkerung an: Die

„tiefgreifenden Veränderungen, die in Angriff genommen wurden und weiter gestaltet werden müssen, können nur gelingen, wenn unter aktiver Beteiligung vieler Menschen der relativ beste Weg gesucht und die Notwendigkeit dieser Veränderungen einsichtig gemacht wird.“

„Transparenz und Beteiligung sind unerlässliche Bedingungen für das Funktionieren der Demokratie.“ (Huber 2005)

Partizipation und Demokratie sind eng miteinander verbunden.

„Aus demokratietheoretischer Perspektive ist Partizipation ein Moment der konstitutionell verbürgten Freiheit und Gleichheit aller, sowie der verbindlichen Anerkennung von Pluralität und offenem Widerstreit der Interessen als unhintergehbare Errungenschaften demokratischer Gesellschaften“ (Schnurr 2005: 1330).

stehe ich aber auch in der Erwartung, möglichst viele Menschen zu vernetzen, die bislang eher schwach vernetzt waren und ungeübt in der Beteiligung.

¹² „Kirche für andere“ ist ein von Dietrich Bonhoeffer geprägter Begriff, der die Nachkriegstheologie intensiv beschäftigt hat:

„Die Kirche ist nur Kirche, wenn sie für andere da ist.“ Bonhoeffer 1983: 193

¹³ erstmals laut Sundermeier als „convivialidad“ bei Paolo Freire

Politische Meinungen stünden nach allen demokratietheoretischen Positionen nicht von vornherein fest, sondern entstünden erst in Beratungsprozessen; deshalb seien solche Beratungen “klug zu organisieren” (Schnurr 2005: 1331).

Genau das haben wir im GenerationenNetz versucht - “Beratungen klug zu organisieren”. Anfangs sehr niederschwellig mit Wunschboxen, dann mit einem World Café für die Vertreter_innen der Vereine und Institutionen und einer Ideenwerkstatt für Bürger_innen haben wir den “Beratungsprozess” in Gang gesetzt, das GenerationenNetz zu knüpfen und gemeinsam zu entscheiden, wohin die Reise gehen soll. Allerdings sind wir hier zu Beginn auf Irritation gestoßen. Die Bürger_innen hatten zunächst Mühe zu verstehen, dass ihre Anliegen und ihre Aktivitäten handlungsleitend sind und nur das geschehen wird, was sie selbst betreiben. Partizipationsprozesse zu gestalten ist anspruchsvoll und braucht gegenseitige Akzeptanz. Partizipation ist für alle Beteiligten arbeitsintensiv und braucht Zeit – das ist nicht immer leicht zu “verkaufen”.

Monika Alisch benennt Kriterien für eine “ertragreiche Partizipation” (Alisch 2008: 145f.), die wir ähnlich auch in Reichelsheim kommuniziert haben:

- “Konstruktive Beteiligung am Prozess”
- “Eigenes Engagement zeigen können”
- “Bereitschaft zur Investition”
- “Gemeinsam an einem Strang ziehen”
- “Aufeinanderzugehen”

Das GenerationenNetz ist ein partizipatives Projekt im Sozialraum. Was ist der Sozialraum?

4.4 Sozialraum

„Ausgangspunkt sind Sozialräume als Lebensorte von Menschen und die sie begleitenden Institutionen vor Ort“ (EKHN 2013), so hieß es in den Fördergrundsätzen der Landeskirche. Hier ist also zunächst klar von einer örtlichen Bestimmtheit die Rede, wobei es sich ebenso um den Ort Reichelsheim wie auch um den Lebensort Schule, den Lebensort Kindertagesstätte, den Lebensort Kirchengemeinde etc. handeln kann.

Grundsätzlich bezieht sich das GenerationenNetz territorial auf die gesamte Kommune Reichelsheim. In der praktischen Arbeit hat sich sehr rasch herausgestellt, dass das GenerationenNetz fast ausschließlich in der Kerngemeinde agiert, nicht aber in den flächenmäßig weit verstreuten Außenorten. Bürger_innen der Außenorte, die mobil und bereit sind, in die Kerngemeinde zu kommen, klinken sich in die Aktivitäten des GenerationenNetzes ein; andere bleiben außen vor. Aus diesem Grunde ist inzwischen ein ergänzendes Projekt in der Durchführung begriffen, dass das Territorium einzelner Außenorte und deren Bewohner_innen in den Blick nimmt.

Das Sozialraumverständnis im GenerationenNetz geht aber über diese territoriale Ausprägung hinaus. Um nicht nur von einem Raum, sondern tatsächlich von einem Sozialraum reden zu können müssen wir gleichermaßen Beziehungen und Interaktionen der Menschen in den Blick nehmen, die überhaupt erst Raum konstituieren. Hilfreich ist dabei, Fabian Kessl/Reutlinger 2010: 28f. bzw. Martina Löw folgend, ein relationaler Raumbegriff: Martina Löw bezeichnet Raum als „eine relationale (An)Ordnung sozialer Güter und Menschen (Lebewesen) an Orten“ (Löw 2015: 224).

Ein Ort bedeutet einen konkreten Platz, der durch die Platzierung sozialer Güter oder Menschen kenntlich gemacht wird. Das GenerationenNetz schafft z.T. eigene Sozialräume, wie z.B. das Repair-Café. Hier werden an einem konkreten Ort, dem Haus der Vereine, einmal im Monat von den freiwillig Engagierten dem Repair Café zugehörigen Utensilien aufgebaut und entsprechende Handlungsabläufe durchgeführt. Es entsteht also der Raum des Repair Cafés, der nach einigen Stunden auch wieder rückgebaut wird. D.h., an diesem Ort entsteht zu anderen Zeiten wieder ein anderer Raum, zum Beispiel der Raum der Trachtengruppe.

Dieses Beispiel ist jedoch eher untypisch für das GenerationenNetz. Häufiger geschehen Aktivitäten, die nicht mit einem konkreten bzw. nicht mit einem spezifischen Ort verbunden sind. Da trifft sich die Kräutergruppe für einen Waldspaziergang, da wird ein Fahrdienst vermittelt, da wird ein gemeinsamer Flyer der Beraterinnen erstellt oder ein Wohnprojekt, für das es noch keinen konkreten Ort gibt, gemeinsam geplant. Hier geschehen also soziale Interaktionen, hier werden Netzwerke gebildet, aber es geschieht kein Place Making. Hier ist also der Sozialraum ein reiner Beziehungsraum oder relativer Raum.

Es gibt kein Familienzentrum als Gebäude, nur ein Büro mit einem kleinen Begegnungsraum. Die Aktivitäten finden in unterschiedlichen Räumlichkeiten statt über die Kommune verteilt. Das ist kein Manko, sondern liegt im Konzept eines dezentralen Familienzentrums. Es geht nicht um den Aufbau einer aufwendigen räumlichen Infrastruktur, sondern um Vernetzung. Es gibt also kurzzeitig Sozial-

räume des GenerationenNetzes an verschiedenen Orten, und es gibt gemeinsame Sozialräume: GenerationenNetz und Evangelische Kindertagesstätte organisieren gemeinsam eine Vortragsveranstaltung im Evangelischen Gemeindehaus und laden Eltern aus allen örtlichen Kindertagesstätten und Grundschulen ein. Hier überlagern sich Sozialräume aus den unterschiedlichen Einrichtungen und bilden kurzzeitig einen neuen Sozialraum. Und aus diesen Begegnungen entstehen manchmal auch Vernetzungen bzw. dauerhafte Sozialräume als räumliche Dimension der Vernetzungen (vgl. hierzu Straus 2004: 7).

Manchmal geschieht auch ein spielerisches Inbesitznehmen öffentlichen Raums, hier z.B. mit einer Skulptur als Werbung für das erste Repair Café:



Vielleicht können wir für das GenerationenNetz und andere ähnliche Projekte den Begriff des fluiden Sozialraums prägen. Der geographische Ort Reichelsheim wird immer wieder in anderer Weise gespielt. Die Menschen bewegen sich in unterschiedlichen Beziehungsräumen im Ort (und übrigens auch virtuell; ein entsprechendes Online-Nachbarschaftsnetz ist als Ergebnis des fortlaufenden partizipativen Prozesses in Arbeit) und kreieren immer wieder andere Gestaltungsformen. Freilich spielen dabei „kognitive[r], affektive[r] und soziale[r] Vertrautheiten“ (May/Alisch 2013: 19) eine entscheidende Rolle, aber die konkreten Orte sind in fortlaufendem Fluss. Anders die institutionellen Akteure in der „ortsbezogenen Raumstruktur“ (May/Alisch 2013: 19), die mit ihren Gebäuden „Inseln“ im Fluss bilden.

4.5 Partizipative Projektentwicklung im Sozialraum

Partizipation im Sozialraum erfordert nach May 2008b: 48 nicht verfasste, direkte Formen der Partizipation. Das können versammelnde Verfahren oder initiierende Verfahren sein.

Grundlage zur Entwicklung von Ansätzen partizipativer Projektentwicklung im Sozialraum sei eine „räumliche Konzentration von Elend“ (May 2008b: 49). Durch „Hervorbringungsarbeit“ (May 2008b: 56) seien benachteiligte Gruppen sprachfähig zu machen. Von der Übernahme einer herrschenden Meinung seien sie zur Wahrnehmung ihres eigenen diffusen Unbehagens hin zur „Sphäre der Nichtanpassung“ (May 2008b: 53)¹⁴ zu führen; Ausgangspunkt sei entweder eine Formulierung von Interessen durch die Betroffenen oder die gemeinwesenarbeitsorientierte Initiierung von partizipativer Projektentwicklung.

Ein diffuses Unbehagen mit der demographischen und ökonomischen Situation wurde von Teilen der Bevölkerung in der Vorgeschichte des GenerationenNetzes geäußert. Gemeinwesenarbeitsorientiert initiiert wurden Beteiligungsprozesse durch [u.a.] Ideenwerkstatt und World Café, die die Hoffnung auf Änderung weckten und über Wünsche zu gemeinsamen Zielen und gemeinsamem Agieren führten.

Partizipative Projektentwicklung im Sozialraum bedeutet in Reichelsheim v.a. Folgendes:

- Erlernen partizipativer Teilhabe: Erlernen von Partizipation
- Partizipation als Forschungsstil: Aktivierung und Empowerment durch den Forschungsprozess
- Gestaltung des Sozialraumes im Prozess der Selbstorganisation: Partizipation als politische Gestaltungsmacht

¹⁴ nach Henri Lefèbvre

4.5.1 Erlernen partizipativer Teilhabe: Erlernen von Partizipation

Partizipativ sollte das Projekt „GenerationenNetz“ von Anfang an angelegt sein, möglichst auch über die höchsten Stufen der Partizipation hinaus die Selbstorganisation erreichen. Rasch jedoch mussten wir feststellen, dass Partizipation gelernt sein will und dass die Initiierung partizipatorischer Prozesse auch bewusst gestaltete Bildungsvorgang erfordert. Bildung meint dabei kein Vermitteln von Wissen, auch keine „Fütterung“ (Lange 1980: 88) mit Ideen und Programmen, sondern eine „educação problematizadora“ zur „conscientização“ (Freire, zitiert in Lange 1980: 89) (Bewusstmachung). Als Projektkoordinatorin bin ich Dialogpartnerin auf Augenhöhe derer, die sich auf das Projekt einlassen oder zumindest neugierig sind, bin ich facilitator – Ermöglicherin von Prozessen. Diejenigen, die sich einlassen, sind die Expertinnen und Experten ihrer Alltagssituation, ihrer Probleme und ihrer Lösungen.

4.5.2 Partizipation als Forschungsstil: Aktivierung und Empowerment durch den Forschungsprozess

Die Entwicklung des GenerationenNetzes Reichelsheim geschah und geschieht in einer zyklischen Verknüpfung von Handlungsforschung und Umsetzung. Handlungsforschung fußt auf dem Ansatz des „action research“, begründet von Kurt Lewin. Dieser Ansatz ist vielfach in der Geschichte der Gemeinwesenarbeit rezipiert, überarbeitet, gezähmt und wieder geschärft worden. Besonders interessant für die Arbeit des GenerationenNetzes ist der Ansatz von Alf Seippel, Industriekaufmann, Pfarrer und Sozialwissenschaftler. Die „Aktionsuntersuchung“, wie er „action research“ übersetzt, stehe „im Interesse der Beseitigung von Missständen, sozialer Ungerechtigkeit und der Überwindung politischer Ohnmacht durch Betroffene, sucht Ansätze zur (Freilegung von) Veränderungsbereitschaft/-fähigkeit, versteht sich selbst als Beginn einer Aktion“ (Seippel 2012/1976: 25). Das ist nach Hille Richers eine Sicht, die „im heutigen Pragmatismus bisweilen untergeht“ (Richers 2012: 24). Nicht Informationen von oben, sondern „kollektive Lernprozesse“, die „sich an elementaren Bedürfnissen des Nahbereichs orientieren“ (Seippel 1976, zitiert nach May 2008a: 212), hätten das Potential, das schon immer Gewusste aufzubrechen. Dieser Ansatz hat ein utopisches Potential, das durchaus auch zu Frustrationen führen kann. In der Praxis ist ein Balanceakt durchzuhalten zwischen pragmatischem Handeln und erneutem Aufbrechen des schon immer oder gerade neu Gewussten. Nach Richers ist Seippel im Rückblick v.a. wichtig, dass die aktivierten Menschen begleitet werden durch den langwierigen Prozess, der sich an die Aktivierung anschließt. Ich würde noch weiter gehen: Es ist eine fortwährende Verschränkung von aktivierendem Erforschen der nahen Wirklichkeit und Veränderungshandeln erforderlich, und das erfordert eben auch eine fortwährende (nicht unbedingt dauerhafte, aber doch länger währende) Begleitung.

4.5.3 Gestaltung des Sozialraumes im Prozess demokratischer Selbstorganisation: Partizipation als politische Gestaltungsmacht

„Partizipative Projektentwicklung im Sozialraum kann sich .. auch nicht allein auf ein klassisches Konzept von Empowerment beschränken. Vielmehr muss sie auch darauf zielen, im überschaubaren Umkreis eigener Erfahrungen der Betroffenen überprüfbar zu machen, worin der Befreiungsgehalt politischen Handelns und demokratischer Selbstorganisation besteht und was dagegen Ausdruck wie auch immer verbrämter und modernisierter Herrschaftspraktiken ist.“ (May 2008b: 58)

Im GenerationenNetz begegnen sich die Gut-Vernetzten, auch politisch Erfahrenen und die Wenig-Vernetzten und politisch Ungeübten, die aber noch mit einem frischen Blick wahrnehmen, was nicht rundläuft. Sie lernen voneinander, und insgesamt erhöht sich langsam die Beteiligung am örtlichen Leben. Dabei kann auch Banales eine Initialzündung geben: „Ich habe mich selbst getraut, im Rathaus anzurufen und nach einer Ausgabestelle für gelbe Säcke in unserem Ortsteil zu fragen. Und es hat geklappt.“ Beim nächsten Mal geht es dann nicht um gelbe Säcke, sondern um Wohnraum für Alleinstehende mit schmalen Geldbeutel – und schon sind wir mitten drin im nächsten Teilprojekt (eine selbstorganisierte Projektgruppe zum Thema „gemeinschaftlich wohnen“).

5 Kirchengemeinde als Governance-Akteur im Sozialraum

Was macht den Unterschied aus, ob Kommune oder Kirchengemeinde ein solches Projekt im Sozialraum entwickeln? Zuerst ist es sicherlich die ganz große Freiheit, innerhalb der Kirchengemeinde agieren kann. Kirchengemeinde kann den Freiraum zur Partizipation und zum bürgerschaftlichen Engagement ganz weit aufmachen, einen ergebnisoffenen Prozess moderieren und Selbstorganisation

zulassen und fördern. Gleichzeitig hat Kirchengemeinde aber auch die im Blick, die Mühe haben, sich zu artikulieren und kann behutsam „Hervorbringungsarbeit“ leisten. Das passiert im Blick auf das GenerationenNetz nicht nur in Veranstaltungen und Sprechstunden, die dezidiert als „GenerationenNetz“ ausgewiesen sind. Das passiert z.B. auch bei Geburtstagsbesuchen oder Seelsorgegesprächen der Pfarrerin, wo sie Menschen ermutigt, ihre Bedürfnisse überhaupt zu äußern.

Einerseits arbeitet das GenerationenNetz mit einem hohen Grad an Partizipation: Nur wofür Bürgerinnen und Bürger bereit sind einzutreten, das findet auch tatsächlich statt. Die Projektkoordinatorin hat eine moderierende und aktivierende Funktion. Sie macht keine klassischen Angebote und lässt sehr viel Freiraum, was entstehen könnte.

Auch dieser hohe Grad an Partizipation hat jedoch seine Limitierungen, die unbeabsichtigt entstanden und dennoch systemimmanent sind:

Die Moderation und Aktivierung führt vorwiegend dazu, dass Bürgerinnen und Bürger selbst Verantwortung übernehmen und sich freiwillig engagieren. Statt Nachbarschaftliche Hilfen (v.a. Begleitung zum Arzt) zu organisieren, könnte die Moderation auch im Sinne des Community Organizing dazu führen, politische Forderungen zu formulieren (z.B. nach besseren ÖPNV-Verbindungen oder nach Übernahme von Krankenfahrten durch die Krankenkassen). Eine Offenheit auch für politisches (nicht parteipolitisches) Engagement wäre durchaus vorhanden und durch die vorwiegend kirchliche Förderung auch möglich gewesen, aber es war eben eher eine passive Offenheit als eine aktive Ermunterung zu politischen Forderungen.

Damit im Zusammenhang steht die Frage, wie Anregung ohne Manipulation in einem partizipativen Setting möglich ist. Die offenen Kommunikationsformen führten v.a. zu Beginn des Projekts zu Irritationen; letztendlich brauchte es praktische Vorschläge, was man zur Vernetzung der Generationen machen könnte, um den Prozess in Gang zu bringen. Dass längst nicht alle Vorschläge, die zu Beginn als Beispiele genannt wurden, umgesetzt wurden, dafür aber einige andere Projekte, würde ich als Beispiele einer gelungenen Partizipation werten. Dennoch haben die anfänglichen Beispiele eine Richtung gesetzt

May benennt als Grundlage zur Entwicklung von Ansätzen partizipativer Projektentwicklung im Sozialraum eine „räumliche Konzentration von Elend“ (May 2008b: 49). Dann sei es, die Aufgabe, die Benachteiligten durch „Hervorbringungsarbeit“ (May 2008b: 56) sprachfähig zu machen. Fraglich ist, ob wir mit der partizipativen Projektentwicklung warten müssen, bis der Leidensdruck extrem hoch ist. In Reichelsheim sind wir die Vernetzungsarbeit vorsorglich angegangen. Noch lässt sich der demografische Wandel nicht in voller Härte spüren; noch haben viele Einheimische ihr funktionierendes soziales Netz. Dadurch ist aber auch der Handlungsdruck geringer, und es braucht immer wieder Aktivierung und Erinnerung, dass es sinnvoll ist, die Netze zu knüpfen, solange man noch nicht in Not ist.

Kirche als Träger hat immer noch einen hohen Vertrauensvorschuss, auch bei den Menschen, die keine Kirchenmitglieder mehr sind. Und die größtenteils kirchliche Finanzierung mit ihren relativ offenen Finanzierungsbedingungen hat einen großen Freiraum ermöglicht, auf das zu hören, was die Menschen wollen und das gemeinsam zu tun.

In der Öffentlichkeitsarbeit ist das GenerationenNetz klar als Engagement für die Zivilgesellschaft dargestellt worden. Diese Botschaft ist angekommen. Viele der freiwillig Engagierten im GenerationenNetz würden sich nicht in einer Kirchengemeinde engagieren oder sind auch gar keine Kirchenmitglieder. Sie sind aber auch dankbar für die Unterstützung durch die Kirchengemeinde (ganz handfest z.B. die Versicherung für Ehrenamtliche) und wollen sich auch gar nicht die Arbeit machen, eine andere Sozialform zu etablieren (Z.B. gab es auch das Angebot seitens der Projektkoordinatorin, das Repair Café dauerhaft als Verein auszugliedern und die Vereinsgründung zu begleiten – so viel Selbstorganisation war aber von den Ehrenamtlichen nicht erwünscht).

Die Akteure der Kommunalpolitik sind in den Prozess des GenerationenNetzes involviert. Es geht in der Regel eher um „Konsultationen“ oder Anteil an gemeinsamen Entscheidungen im Partizipationsprozess. Für den Antrag auf Fördermittel an das Land Hessen ist dann aber auch regelmäßig die Stellungnahme des Bürgermeisters erforderlich.

Das GenerationenNetz hätte als Projekt natürlich nie so entwickelt werden können, wenn nicht die Kirchengemeinde ohnehin bereits ein anerkannter Akteur in Reichelsheim wäre und vielfach gut vernetzt und bei allen örtlichen Entwicklungen präsent wäre. Und ein solches Projekt ist klar personenabhängig. Es erfordert Weitsicht, Mut (auch zu finanziellen Unwägbarkeiten) und die Bereitschaft zu einer hohen Extra-Arbeitsbelastung, ein solches Projekt zu verantworten.

Insgesamt hat die Arbeit des GenerationenNetzes die Wahrnehmung und Anerkennung der Kirchengemeinde in der Öffentlichkeit noch einmal wesentlich verbessert. Zumindest für Reichelsheim würde ich davon ausgehen, dass mit der gesellschaftlichen Relevanz auch die Stabilisierung der Institution Kirchengemeinde einhergeht – das sei auch den Kircheninternen gesagt, die im gesellschaftlichen Engagement und in der convivialen Präsenz der Gemeinde im Sozialraum eine Abkehr vom „eigentlichen“ kirchlichen Auftrag und einen Verlust kirchlicher Identität und Stabilität fürchten.

Kirchengemeinde als Governance-Akteur im Sozialraum kann also eine mehrfache Win-win-Situation schaffen:

- Sie kann eine umfangreiche Partizipation aller Bürgerinnen und Bürger ermöglichen bis hin dazu, dass sie den Rahmen für demokratische Selbstorganisation hält.
- Sie kann jenseits formaler Abläufe Bürgerinnen und Bürger, Organisationen im Sozialraum und auch Kommunalpolitik zusammenbringen, ihnen Vernetzung ermöglichen.
- Sie kann schließlich sich selbst den Dienst erweisen, eine gesellschaftliche relevante Institution zu bleiben oder ggf. wieder zu werden.

Literaturverzeichnis

Buch

- Baumfeld, Leo/Hummelbrunner, Richard/Lukesch, Robert (2014): Instrumente systemischen Handelns – Eine Erkundungstour, Nachdruck, Wiesbaden, Springer Fachmedien
- Böckel, Holger (2014): Führen und Leiten, Dimensionen eines evangelischen Führungsverständnisses, Berlin, EB-Verlag Dr. Brandt
- Bonhoeffer, Dietrich (1983): Widerstand und Ergebung, Briefe und Aufzeichnungen aus der Haft, 12. Auflage, Gütersloh, Gütersloher Verlagshaus Mohn
- Esser, Hartmut (2000): Soziologie. Spezielle Grundlagen, Band 4: Opportunitäten und Restriktionen, 3. Auflage, Frankfurt am Main u. New York, Campus-Verlag
- Fox, Matthew (1991): Der große Segen: Umarmt von der Schöpfung; eine spirituelle Reise auf vier Pfaden durch sechsundzwanzig Themen mit zwei Fragen; München, Claudius-Verlag
- Huber, Wolfgang (1999): Kirche in der Zeitenwende: Gesellschaftlicher Wandel und Erneuerung der Kirche, Taschenbuchausgabe, Gütersloh, Gütersloher Verlagshaus
- Kirchenamt im Auftrage des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (Hg.) (1985): Evangelische Kirche und freiheitliche Demokratie: Der Staat des Grundgesetzes als Angebot und Aufgabe, Eine Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland, Gütersloh, Gütersloher Verlagshaus Mohn
- Lange, Ernst (1980): Sprachschule für die Freiheit: Bildung als Problem und Funktion der Kirche; München, Christian-Kaiser-Verlag
- Löw, Martina (2015): Raumsoziologie, 8. Auflage, Frankfurt a. M., Suhrkamp Taschenbuch Verlag
- Schuppert, Gunnar Folke (2012): When Governance meets Religion – Governancestrukturen und Governanceakteure im Bereich des Religiösen, Baden-Baden, Nomos Verlagsgesellschaft
- Sundermeier, Theo (1995): Konvivenz und Differenz, Studien zu einer verstehenden Missionswissenschaft, Erlangen, Verlag der Evangelisch-Lutherischen Mission

Beitrag in Sammelband

- Alisch, Monika (2008): Partizipation gestalten: Gesellschaftliche, politische und rechtliche Rahmenbedingungen in: Alisch, Monika/May, Michael (Hg.), Kompetenzen im Sozialraum, Sozialraumentwicklung und -organisation als transdisziplinäres Projekt, Beiträge zur Sozialraumforschung, Bd. 1, Opladen und Farmington Hills, Verlag Barbara Budrich, S. 133-155
- Benz, Arthur/Lütz, Susanne/Schimank, Uwe/ Simonis, Georg (2007): Einleitung in: Benz, Arthur/ Lütz, Susanne/Schimank, Uwe/Simonis, Georg (Hg.), Handbuch Governance, Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder, Wiesbaden, Verlag für Sozialwissenschaften, S. 9-25
- Bourdieu, Pierre (1983): Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. In: Reinhard Kreckel (Hg.), Soziale Ungleichheiten, Soziale Welt, Sonderband 2. Göttingen, Schwartz, S. 183-198
- Horstmann, Martin (2014): Sozialkapital – Fokus Kirchengemeinde, in: Horstmann, Martin/Park, Heide (Hg.): Gott im Gemeinwesen: Sozialkapital durch Kirchengemeinden, SI KONKRET 6, Berlin, Lit-Verlag, S. 3-62
- Jansen, Dorothea/Wald Andreas (2007): Netzwerktheorien, S.189, in: Benz, Arthur/ Lütz, Susanne/ Schimank, Uwe/ Simonis, Georg (Hg.), Handbuch Governance, Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder, Wiesbaden, Verlag für Sozialwissenschaften, S. 188-199
- Kessl, Fabian/Reutlinger, Christian (2010): (Sozial)Raum, ein Bestimmungsversuch, in: Kessl, Fabian/Reutlinger, Christian (Hg.): Sozialraum, eine Einführung, 2., durchgesehene Aufl., Wiesbaden, Verlag für Sozialwissenschaften, S. 21-38
- May, Michael (2008a): Die Handlungsforschung ist tot – es lebe die Handlungsforschung! In: May, Michael/Alisch, Monika (Hg.): Praxisforschung im Sozialraum. Fallstudien in ländlichen und urbanen sozialen Räumen, Beiträge zur Sozialraumforschung, Band 2, Opladen, Verlag Barbara Budrich, S. 207-238
- May, Michael (2008b): Partizipative Projektentwicklung im Sozialraum, In: May, Michael/Alisch, Monika (Hg.): Praxisforschung im Sozialraum. Fallstudien in ländlichen und urbanen sozialen Räumen, Beiträge zur Sozialraumforschung, Band 2, Opladen, Verlag Barbara Budrich, S. 45–64
- May, Michael/Alisch, Monika (2013): Von der Sozialraumorientierung zu Sozialraumentwicklung / Sozialraumorganisation: Ein Zugewinn in der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen, in: Alisch, Monika/May, Michael (Hg.): Sozialraumentwicklung bei Kindern und Jugendlichen, Beiträge zur Sozialraumforschung, Band 9, Opladen, Berlin und Toronto, Verlag Barbara Budrich, S. 7-28
- Park, Heike (2014): Kirchengemeinde als Akteur im Gemeinwesen. Ein Beispiel aus Hamm/Westfalen, in: Horstmann, Martin/Park, Heide (Hg.): Gott im Gemeinwesen: Sozialkapital durch Kirchengemeinden, SI KONKRET 6, Berlin, Lit-Verlag, S. 63-110

- Schimank, Uwe (2007): Elementare Mechanismen, in: Benz, Arthur/Lütz, Susanne/ Schimank, Uwe/ Simonis, Georg (Hg.), Handbuch Governance, Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder, Wiesbaden, Verlag für Sozialwissenschaften, S. 29-45
- Schnurr, Stefan, Partizipation (2005), In: Otto, Hans-Uwe/Thiersch, Hans et al. (Hg.), Handbuch Sozialarbeit Sozialpädagogik, 3. Auflage, München, Verlag Ernst Reinhardt, S. 1330-1345
- Schuppert, Gunnar Folke (2008): Governance – auf der Suche nach Konturen eines „anerkannt uneindeutigen Begriffs“, in: Schuppert, Gunnar Folke/Zürn, Michael (Hg.): Governance in einer sich wandelnden Welt, Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 2008, S. 13-40
- Wald, Andreas/Jansen, Dorothea: Netzwerke in: Benz, Arthur/Lütz, Susanne/ Schimank, Uwe/ Simonis, Georg (Hg.), Handbuch Governance, Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder, Wiesbaden, Verlag für Sozialwissenschaften, S. 93-105

Zeitschriftenartikel

- Frère, Bruno (2009), Sozialkapital - der ‚Neue Geist des Kapitalismus‘, Die Ideologie des vernetzten Menschen und neue Wege der Ausbeutung, in: Forschungsjournal Neue soziale Bewegungen, Sozialkapital und Integration, Überforderte Zivilgesellschaft? Heft 3 -September 2009, Stuttgart, Lucius&Lucius, S. 29-45
- Hartmann, Martin (2009), Sozialkapital in der Netzwerkgesellschaft, in: Forschungsjournal Neue soziale Bewegungen, Sozialkapital und Integration, Überforderte Zivilgesellschaft? Heft 3 -September 2009, Stuttgart, Lucius&Lucius, S. 46-54
- Pollack, Detlef (2002): Kirche zwischen Staat und Zivilgesellschaft: Überlegungen zum gesellschaftlichen Ort der Kirchen in der Bundesrepublik Deutschland, in: Kirche zwischen Staat und Zivilgesellschaft, hg. von Strachwitz, Rupert Graf/Adloff, Frank/Schmidt, Susanna/Schneider, Maria-Luise, ARBEITSHEFTE DES MAECENATA INSTITUTS FÜR DRITTER-SEKTOR-FORSCHUNG, HEFT 9; Berlin, Maccenata Verlag, S. 22- 42

Internetquellen:

- Alisch, M./Ritter, M./Rubin, Y./Glaser, R. (2016): Warum das Helfen so schwierig sein kann: Herausforderungen selbstorganisierter Helfersysteme für ältere Menschen in ländlichen Räumen, http://www.armut-und-gesundheit.de/fileadmin/user_upload/MAIN-dateien/Kongress_A_G/A_G_16/A_G_16__Material/Dokumentation/Alisch_M__et_al_35_PP_nb_ma.pdf , Zugriff am 10.10.2017
- Hauschildt, Eberhardt (2007): Organisation der Freiheit - Evangelisch Kirche sein verändert sich, Drucksache Nr. III/3 der 6. Tagung der 10. Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland, Dresden 2007, [http://www.ekd.de/download/07-11-19-Hauschildt_Organisation_der_Freiheit_\(2\).pdf](http://www.ekd.de/download/07-11-19-Hauschildt_Organisation_der_Freiheit_(2).pdf) , Zugriff am 01.08.2016
- Hessisches Sozialministerium (2011), Fach- und Fördergrundsätze zur Etablierung von Familienzentren in Hessen, Wiesbaden, https://rp-kassel.hessen.de/sites/rp-kassel.hessen.de/files/content-downloads/Fach-und_F%C3%B6rdergrunds%C3%A4tze.pdf, Zugriff 27.07.2016
- Huber, Wolfgang (2005): „Der Beruf zur Politik“ - Zwanzig Jahre Demokratiedenkschrift der EKD, Vortrag beim Johannisempfang, Berlin, 30. Juni 2005, https://www.ekd.de/vortraege/2005/050630_huber_johannisempfang.html, Zugriff am 29.07.2016
- Kirchenamt der EKD (Hg.) (2014): Auf dem Wege der Gerechtigkeit ist Leben - Nachhaltige Entwicklung braucht Global Governance, Eine Studie der Kammer der EKD für nachhaltige Entwicklung, Hannover; http://www.ekd.de/download/ekd_texte_117.pdf , Zugriff 02.08.2016
- Leitlinien der Evangelischen Michaelsgemeinde Reichelsheim <http://www.reichelsheim-evangelisch.ekhn.org/data/66/Leitlinien1.pdf>, Zugriff am 25.07.2016
- Mayntz, Renate (2004): Governance Theory als fortentwickelte Steuerungstheorie?, MPIfG working paper, No. 04/1, <http://www.mpifg.de/pu/workpap/wp04-1/wp04-1.html>, Zugriff am 02.08.2016
- Straus, Florian (2004): Soziale Netzwerke und Sozialraumorientierung, Gemeindepyschologische Anmerkungen zur Sozialraumdebatte, München, Institut für Praxisforschung und Projektberatung http://www.ipp-muenchen.de/texte/ap_1.pdf

Unveröffentlichte Quellen

- Evangelische Kirche in Hessen und Nassau, Zentrum Bildung (2013): Familienzentren gestalten: Anschubfinanzierung zur Förderung von Familienzentren in der EKHN als gemeindliche Netzwerke - Fach- und Fördergrundsätze, Darmstadt, unveröffentlicht